

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterefeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Hauptverleger: Emil Cichowicz Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellschein) 2 Mk. Postzeitungsliste Nr. 3164

Rückblick auf das Jahr 1915.

2. Die deutschen Gewerkschaften.

Die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften ist im Wesen und Aufbau auf Friedensarbeit eingestellt. Wohl war ihr das Wort „Stampf“ ganz und gar nicht fremd, ja es kennzeichnete einen erheblichen Teil ihres Wesens. Aber dieser Stampf vollzog sich denn doch selbst bei den beständigen Zusammenstößen zwischen Kapital und Arbeit — bei Missverständnissen und Streiks — in harmlosen „friedlichen“ Normen, verglichen mit dem Stampf an den Fronten!

Das trug seiner Bedeutung ganz und gar keinen Abtrag. Wir sind heute, nach siebenzehn schrecklichen Kriegsmonaten, erst recht der Meinung, daß dieser blutmäßig geführte Stampf um Vervollständigung der unerkentten Bedürfnisse des Volkes eine unvergleichlich wertvolle Kulturarbeit verlor, während der Vernichtungskampf da draußen beständig als bittere Notwendigkeit anzusehen werden kann.

Alle bestimmungslosen Reden von „Intellektuellen“ und bürgerlichen „Ideologen“ vom Krieg als „Anabrammen der Menschheit“ werden durch diesen Weltkrieg so aramant Lügen gestraft, daß sie hoffentlich nicht wiederkehren oder wenigstens in den breitesten Volksschichten keinen Widerhall mehr finden können.

Und wir haben die Zuversicht, daß so mancher aus diesem Krieg zurückkehrt, der dem Gewerkschaftskampf in Zukunft eine ganz andere, größere Bedeutung beimißt als zuvor. — Das zweite Kriegsjahr hat die deutschen Gewerkschaften vor große Schwierigkeiten gestellt. Mit den stärkeren Einziehungen zu Beginn 1915 schwanden viele tüchtige, schwer erziehbare Funktionäre aus ihren Reihen. Die Verbleibenden mußten alles daransetzen, um den Verwaltungsapparat ordnungsgemäß in Gang zu halten. Zum Glück verbesserte sich die Konjunktur in fast allen Gewerben so weit, daß nur noch wenig Arbeitslose verblieben, die bald in der Seeresindustrie einen Unterschlupf

finden. Wollte man freilich den Maßstab der Friedenszeit anlegen, so ergäbe sich (außer der Seeresindustrie) ein gewaltiger Mangel! Die Abgeschlossenheit Deutschlands hat die Exportindustrie fast ganz lahmgelegt, ebenso ist das Baugewerbe und vor allem die Lurindustrie erheblich in Bedarf und Produktion zurückgegangen. Dafür wurde aber der Arbeitsmarkt durch die steten Einziehungen derart von männlichen Arbeitskräften entblößt, daß fast überall viel Nachfrage und wenig Angebot vorhanden war. Insbesondere bei gelernten Arbeitern. In der Landwirtschaft sowie in manchen städtischen Industrien (Gasanstalten usw.) wurden zahlreiche Gefangene befreit.

Vor allem aber ist die Frauenarbeit in unserem Maße in die verschiedensten Industrien, in Handel und Verkehr eingedrungen. Es existieren zwar zurzeit noch keine Ueberflüssen, aber soviel leidet doch der bloße Augenschein, daß hier eine ganz ungeheure Wandlung sich vollzogen hat. Ob das nach dem Kriege wieder „ganz anders“ wird, möchten wir bezweifeln. Der Verlust Hunderttausender in beider Manneskraft bedarf des Ersatzes, und die schnelle Ausschaltung der Frauenarbeit ist auch aus anderen Gründen sehr unwahrscheinlich.

So entstehen neue schwierige Probleme für die Arbeiterkraft. Um die Frau nicht als unläutere Konkurrentin zu empfinden, muß mit allem Eifer dahin gewirkt werden, die Frauen in größerem Maße für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, ihr bei gleicher Arbeit gleichen Lohn wie männlichen Kollegen zu sichern usw. Die Generalkommission der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ den uns erwachsenden neuen Aufgaben Rechnung getragen, und es ist nur zu wünschen, daß recht viele Frauen erwachen aus ihrer bisherigen Gleichgültigkeit.

Besonders bemerkenswert ist aus Nr. 1 der neuen „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ ein Artikel *Legien's*, in dem er der deutschen Gewerkschaftspresse hohe Anerkennung zollt. Es heißt da u. a.: „Es ist kein Zufall, daß die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands in ihrem Auf-

Unser Machtruf heißt . . .

Den Zorn auf die Schanzen! Er lobert schon.
Unser Machtruf heißt: Organisation!
Die soll jeden Sturm überstehn.

Ein Bau stieg auf aus Not und Nacht,
Ran aus dem Nichts und wurde Macht.
Er wuchs durch fünfzig Jahr' und mehr,
Ein Bau für Saat! Und Saat schwoll her
Und immer weiter, durchdrangen heiß,
Strahlte golden aus der Acker Kreise.
Und jeder Scholle armutsvoll
Sphirt, daß sie endlich fruchten soll.
Es naht der Tag, er naht gewiß,
Wo der Pflug ins letzte Brachfeld biß.
Dann biest der letzte schlechte Stein,
Und alles Land wird Neuland sein.

Den Trost an den Pflug! Und Tod der Front!
Unser Machtruf heißt: Organisation!
Haukeins, so zwingen wir's schon.

Ein Bau stand groß, die Sprecher schwer,
Da fuhr ein Sturm voll Feuer her.
Die Welt in Brand! Der Bau erlirrt.
Auf heult die Not, ins Mut verweirt.
Sohn speit der Tod: der Bau senkt an —
Run, Saatvoss, zeig', wer schaffen kann!
Schipp' Gräben, schanz' und stemm' dich fest!
N' leinert, der den Plan verläßt.
Der Sperring schliche lüdenlos!
Run gilt's: klein werden oder groß.
Die Flamme muh vom Bau zurück:
Die Zeit braucht unser Mecherhüd.

Den Zorn auf die Schanzen! Der schafft es schon.
Unser Machtruf heißt: Organisation!
Und kein Weltbrand soll sie bebroh'n.

Franz Dieberich

hungen ihrer Interessen und Tendenzen hat lassen vorbildlich für die Arbeiterkämpfe der anderen Länder geworden sind. Die Gewerkschaftsvereine hat die Arbeiterinnen mit so gutem Erfolg erfüllt. Sie hat die Arbeiterkämpfe geleitet, die es sich in der gewerkschaftlichen Organisation um mehr handelt, als um die Vertretung einzelner, enghorizontierter Interessen. Sie hat jene Solidarität hervorgerufen, die allein es ermöglichte, daß die Gewerkschaften auch während der Kriegszeit wertvolle Arbeit verrichten. Solche Hilfe gewähren, eine Stelle beim Feind in einem Maße, wie es niemand je hätte erwarten und für möglich halten können. Dieser Erziehungsarbeit, die eine viel nachhaltigere ist, als die durch Versammlungen und sonstige Bildungsveranstaltungen, dankt die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands zum großen Teil ihren Bestand, ihre Einheit und Geschlossenheit."

Ein überaus schwieriges Problem bietet schon jetzt die Kriegsinvaliden-Verschickung. Wie wir, haben auch die meisten anderen Gewerkschaften gewisse Richtlinien aufgestellt, um die Wiederbeschäftigung der Kriegsinvaliden zu den früheren Lohnsätzen zu ermöglichen. Leider ist eine allgemein geordnete Regelung noch in keiner Industrie zustande gekommen. Vielmehr haben verschiedene Unternehmerverbände die Absicht, nicht nur die Gewerkschaften auszuhebeln, sondern auch die arbeitgebenden Körperschaften (Gemeinden, paritätische Tarifinstitute usw.) veranlassen zu übergeben. Bezeichnend sind die Forderungen mittelrheinischer Fabrikanten und süd-deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, worüber die Tagespresse berichtet. Man will wieder schalten und walten nach eigenem Ermessen.

Und während das zentrale Unternehmerorgan, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, bereits gar kräftige Töne findet, um die „Notwendigkeit“ solcher Selbstherrlichkeit zu beweisen, sind die Arbeiter wenigstens in politischen Lagern untereinander in Hufeisengerate um — dogmatische Auslegungen und Begriffe.

Wir haben von Beginn des Krieges an seinen rosaroten Widersinnungen gehuldigt, sondern die Lage der Arbeiterkämpfe nach dem Kriege als nicht minder ernst bezeichnet denn vorher. Damals, wo einzelne Stimmen aus an sich löblichem Optimismus etwas überschwänglich viel von der Zukunft der deutschen Arbeiter erhofften, waren die „Prinzivirentner“ empört über soviel Illusionen. Nun aber treiben sie seit Monaten eine Illusionspolitik aller schlimmster Art, die in ihren Konsequenzen nicht nur die möglichen Fortschritte aus jeglicher Zeit, sondern auch die Errungenschaften früherer Zeit in Frage stellt!

Das verfloffene Jahr hat sozialpolitisch aus naheliegenden Gründen keine großen Fortschritte gebracht. Wohl ist die Kriegswochenhilfe gekommen (wenn auch aus Gründen, die weniger aus unserem Arsenal stammen). Hieran festzuhalten, sie weiter auszubauen in Friedenszeit zur Mutterkassensversicherung ist unsere Aufgabe. Weiter ist das Nachtbrotverbot für Bäckerarbeiten (gleichfalls aus Kriegsgründen) zu bekräftigen. Geringer ist leider die Herabsetzung des Alters bei der Altersrente auf 65 Jahre bislang nicht gelungen. Doch wird sich der Reichstag in den nächsten Tagen noch einmal damit beschäftigen. Die Aussichten für die Herabsetzung sind inzwischen günstiger geworden. Ebenso ist die Außerkräftsetzung vieler Arbeiteridentifizierungen seit Kriegsausbruch infolge der unerwartet langen Kriegsdauer überaus bedenklich für einen erheblichen Teil der Arbeiterkämpfe, besonders der Arbeiterinnen.

Wenn wir die wirtschaftliche Gesamtwirkung dieses Krieges eingehend behandeln wollten, würde sich nicht übersehen lassen, daß eine Fülle neuen Materials aufzuweisen werden kann, in der Richtung unserer sozialistischen

Wirtschaftslehre. Die Entwicklungstendenzen durch den Krieg hat am 20. Dezember Dr. Eduard David im Reichstag treffend gekennzeichnet: „Die Wirkung des Krieges ist die, daß er die reichen Leute noch reicher und die armen Leute noch ärmer macht, daß er aus der Mitte eine Reihe kleiner Existenzen um des wenige bringt, was sie erworben haben, daß im großen und ganzen also die Wirkung des Krieges eine Verschärfung der sozialen Gegensätze ist. Das wird niemand verkennen. Das ist eine überaus ernste Tatsache, die jedes Auge sehen muß. Wir müssen demgegenüber darauf hinarbeiten, daß durch tiefgreifende sozialpolitische Gesetze und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Interessen der Weidernbemittelten in ganz anderer Weise gewahrt werden als bisher.“

Von diesen Gesichtspunkten müssen wir uns in der Agitation für unsere wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen leiten lassen. Wir wollen und können nicht daran glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie als berufene Vertreterin der deutschen Arbeiterkämpfe in diesem weltgeschichtlichen Moment verfaßt, weil die Antikommunisten einzelner staatsfeindlichen und Zusammenbruchstheoretischer — zusammengebrochen sind.

Darum erwidert uns auch die Forderung einzelner Gewerkschaftsorgane auf Verhinderung der Gewerkschaftspolitik nicht nur verfehlt, sondern auch bedenklich. Arbeiten wir im Rahmen der bisherigen Organisationen und der Ziel der Bewegung kann nicht ausbleiben.

Wollten wir gar in diesem Hinblick erneut all das aufrollen, was gesündigt wurde von Staats- und Verwaltungs wegen auf dem Gebiete der Volksernährung, so brauchte es dazu eines Puders! Lange Listen von „Verordnungen“ existieren zwar, aber die Ausbeutung des Konsumenten durch Händler und Produzenten ist eines der trübsten und — umfangreichsten Mittel dieses trüben Kriegsjahres. Dabei ist es für uns wahrlich ein schlechter Trost, daß es in Frankreich, England, in Oesterreich und Ungarn nicht besser aussieht! Ruffend meint das „Correspondenzblatt“: „Hätten die Deutschen Arbeiter auch nur einen Augenblick daran gedacht, mit ihrer kostbaren Arbeitskraft einen ähnlichen Wucher zu treiben, wie wir ihn auf dem Lebensmittelmarkt erleben mußten, dann wäre das glorreiche Deutsche Reich kläglich zusammengebrochen.“

Die gewerkschaftlichen Leistungen der meisten Verbände wurden im Laufe des Jahres wieder auf Statutenhöhe gebracht. Vielfach — wie auch bei uns — wurde ein übriges getan durch Weihnachtsspenden an die Familien der Einbezogenen. Zahlreiche Ortsverwaltungen haben außerdem regelmäßig Liebesgaben an Hunderttausende von Gewerkschaftlern ins Feld geschickt. Und die zahlreichen „Aidvoitbriefe“ in fast allen Gewerkschaftsblättern sowie in der Arbeiterpresse beweisen, daß die geistigen Bande den Krieg und seine Schrecken überdauern. Das rege Interesse großer Teile des Heeres an ihren Gewerkschaftsorganisationen ist nicht verlorengegangen und soll auch im neuen Jahr weiterentwickelt werden, bis der Tag erscheint, den wir alle so dringlich herbeisehnen.

Dann müssen wir — die Tabeimgeliebten — sagen können: „Seht, Ihr habt den Kampf da draußen für uns und unsere Familien mitgeteilt, das danken wir Euch! Wir haben zu unserem beisehenden Teil den Geist und die Schlagkraft der Arbeiterorganisationen instand gehalten. Nun gilt es, wieder gemeinschaftlich in den anders gearteten sozialen Kampf zu ziehen! Ihr seid ja kampfgewohnt, wir aber standen auf der Wacht, damit die Kampfswaffen bereitstehen. Wohlan, die vereinte Straft führt uns sicher in Sturm und Drang unseren Zielen zu.“

dem kulturellen Aufstieg der deutschen Arbeiterkämpfe!

Die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter während des Krieges.

Der Krieg hat eine Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit sich gebracht. Fast unter den jetzigen menschlichen Verhältnissen der ganze Teil der Bevölkerung schwebt an einem Seil, das nicht festhalten kann. Immer werden neuerdings einzelne Teile derselben hart getroffen. Demgemäß ist in erster Linie die Arbeiterklasse betroffen. Das führt hauptsächlich daher, daß die Löhne in den städtischen Betrieben im allgemeinen niedriger sind, als sie für gleiche Arbeitsleistungen in der Privatwirtschaft gezahlt werden. Die ungenügenden Leistungszulagen, die von vielen Betriebsverwaltungen oft recht ungerne und auch ein durch Eingehen der Arbeiter gemacht sind, können die gewaltige Verschlechterung der Lebenshaltung nicht kompensieren. Deshalb sind die notwendigen Zulagen so gering, daß kaum eine Verbesserung der jetzigen Lage erreicht wird. Es haben noch nicht einmal alle städtischen Arbeiter etwas erhalten. In den meisten Fällen werden die Löhne schon vor dem Abzuge der Arbeiter zurückgehalten, da sie trotz der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nicht verändert sind und sich während dieser Zeit nicht ändern. Aber selbst die jetzt gewährte Löhnerhöhung kann die Lebenshaltung nicht dazu beitragen, hier etwas zu tun. Es ist nicht mehr möglich, die Verhandlung ab, die Arbeiter müßten in der jetzigen Zeit auch Opfer bringen müssen. Als ob die Arbeiter nicht die höchsten Opfer bringen müssen. Ein Arbeiter hat gesagt, daß sein Lohn bei der Stadt so niedrig ist, daß er unmöglich mit seiner alten Frau davon leben könnte, wenn sie nicht von den beiden Söhnen reichlich unterstützt wären. „Sind die beiden Söhne im Felde gefallen, wo bekomme ich jetzt etwas her?“ Sind das keine Opfer? Gewiß verlieren auch andere Kreise ihre Söhne, aber da sind doch die Söhne nicht die Erben der alten Eltern, wie das in Arbeiterkreisen so häufig der Fall.

Doch lassen wir das jetzt beiseite und untersuchen einmal, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Lage der Arbeiter wirken. Man lassen sich wohl in großen Umrissen schließen, daß sich die Lebenshaltung der städtischen Arbeiter verschlechtert hat. Aber in welchem Umfange das geschehen ist, läßt sich so ohne weiteres schwer angeben. Sicherer gehen wir, wenn auch nur recht mangelhaft, einige statistische Erhebungen an. An einzelnen städtischen Arbeiter der Städte Mielefeld, Braunschweig, Cassel, Göttingen, Hannover, Minden und Wünnen wurden Fragebogen ausgegeben. Hier sollten die Einnahmen und Ausgaben in der Woche vom 12. bis 18. Dezember 1915 angegeben werden.

Um ein einigermaßen befriedigendes Resultat zu einer genauen Beantwortung aller notwendigen Fragen zu erhalten, konnte nur ein sehr beschränkter Kreis von Arbeitern herangezogen werden.

Gefragt wurde über den Wochenverdienst in der Berichtswochen sowie über die Höhe vorhandener Nebeneinnahmen. Bei den Ausgaben über Verbrauch und Preis sämtlicher Lebensmittel, für Heizung und Licht, Kleidung und Schuhe, Anschaffungen für den Haushalt, für Genussmittel, Ausgaben für entstandene Krankheiten, und sonstige Ausgaben. Selbstverständlich ist auch damit nicht alles erschöpft. Viele Arbeiter haben die Möbel oder Garderobe auf Abzahlung.

Da muß ja nachdem in wöchentlichen oder monatlichen Raten abbezahlt werden. Diese Ausgaben werden meistens nicht mit angegeben, belasten nichtsdestoweniger den Haushalt ganz erheblich. Der Zweck der Erhebungen sollte ja auch in erster Linie der sein, einmal festzustellen, wie die städtischen Arbeiter in der jetzigen Zeit leben und leiden müssen. Vorberemert soll noch werden, daß es sich bei den befragten Arbeitern nur um Arbeiter mit längerer Dienstzeit handelt, deren Löhne daher mit zu den höchsten gehören.

Lassen wir nun das Ergebnis der Fragebogen folgen und machen den Anfang mit:

Mielefeld. 1. Ein Arbeiter, beim Straßenbau beschäftigt, hat eine vierköpfige Familie und erhielt in der Berichtswochen einen Lohn von 27 Mk. Nebeneinnahmen sind nicht vorhanden. Die Ausgaben betragen: für Brot, Gebäck und Mehl 4,10 Mk., Kartoffeln 2,50 Mk., Fleisch und Würstchen 9 Mk., Mäse 1,20 Mk., Butter, Margarine, Schmalz, Öl 4 Mk., Milch 1,51 Mk., Zucker, Kaffee, Tee und dergleichen 1,60 Mk., sonstige Lebensmittel 1,45 Mk., Ausgaben für Lebensmittel: 25,36 Mk.; Hierzu kommen: für Heizung und Licht 2 Mk., Kleidung und Schuhe 2 Mk., Krankheiten in der Familie 1 Mk., sonstige Ausgaben 2,20 Mk., zusammen 7,20 Mk. Die Gesamtausgabe betrug daher 32,56 Mk. Die wöchentliche Miete beträgt 3 Mk. Das ergibt ein Defizit von

5,56 Mk. 2. Ein bei der Manufaktur beschäftigter Arbeiter hat eine siebenköpfige Familie. Der Lohn beträgt 21,67 Mk. Neben- einnahmen sind vorhanden. Die Ausgaben betragen: für Brot, Gebäck und Mehl 7,70 Mk., Kartoffeln 3,50 Mk., Fleisch und Würstchen 10,80 Mk., Mäse 1,50 Mk., Butter, Margarine, Schmalz, Öl 5,10 Mk., Milch 1 Mk., Zucker, Kaffee, Tee und dergleichen 1,51 Mk., sonstige Lebensmittel 1,20 Mk., zusammen für Lebensmittel: 32,31 Mk. Hierzu kommen: für Heizung und Licht 2 Mk., Kleidung und Schuhe 5 Mk., Genussmittel 1,30 Mk., sonstige Ausgaben 1,50 Mk., zusammen 5,80 Mk. Die Gesamtausgabe beträgt 42,11 Mk. Hierzu kommen noch 3 Mk. für die Miete.

Braunschweig. 3. Ein bei der Manufaktur beschäftigter Arbeiter hat eine sechsköpfige Familie und erhielt in der Berichtswochen 26 Mk. Lohn. Nebeneinnahmen sind vorhanden. Die Ausgaben betragen: für Brot, Gebäck und Mehl 5,42 Mk., Kartoffeln 1,90 Mk., Fleisch und Würstchen (6 1/2 Pfd.) 10,50 Mk., Mäse 1,20 Mk., Butter, Margarine, Schmalz, Öl (3 Pfd.) 6 Mk., Milch 0,81 Mk., Zucker, Kaffee, Tee und dergleichen 1,81 Mk., sonstige Lebensmittel 3 Mk., Ausgabe für Lebensmittel 30,43 Mk. Hierzu kommen: für Heizung und Licht 2,50 Mk., Kleidung und Schuhe 3 Mk., Anschaffungen für den Haushalt 4,20 Mk., Genussmittel 0,70 Mk., durch Krankheiten entstanden 12 Mk., sonstige Ausgaben 3 Mk., zusammen 22,20 Mk. Gesamtausgaben 52,63 Mk. Hierzu kommen noch 5,20 Mk. für Miete. 4. Ein bei der Manufaktur beschäftigter Arbeiter, der allein steht, aber einen Haushalt führt, erhielt an Lohn 21,22 Mk. Die Ausgaben betragen: für Brot, Gebäck und Mehl 6,95 Mk., Kartoffeln 0,81 Mk., Fleisch und Würstchen 6,20 Mk., Mäse 0,78 Mk., Butter, Margarine, Schmalz, Öl 2,90 Mk., Zucker, Kaffee, Tee und dergleichen 1,70 Mk., sonstige Lebensmittel 1,85 Mk., Ausgabe für Lebensmittel 15,15 Mk. Hierzu kommen: für Heizung und Licht 1,25 Mk., Genussmittel 1,20 Mk., sonstige Ausgaben 1 Mk., zusammen 3,45 Mk. Gesamtausgaben 18,60 Mk. Die wöchentliche Miete beträgt 3,40 Mk.

Hannover. 5. Ein bei der Manufaktur beschäftigter Arbeiter hat eine Familie von 2 Köpfen und erhielt 27 Mk. Lohn. Geringe Nebeneinnahmen sind vorhanden. Die Ausgaben betragen: für Brot, Gebäck und Mehl 1,70 Mk., Kartoffeln 0,55 Mk., Fleisch und Würstchen 9,35 Mk., Mäse 0,50 Mk., Butter, Margarine, Schmalz, Öl 3,15 Mk., Milch 0,65 Mk., Zucker, Kaffee, Tee und dergleichen 1,15 Mk., sonstige Lebensmittel 1,50 Mk., Ausgabe für Lebensmittel 15,55 Mk. Hierzu kommen: für Heizung und Licht 1,50 Mk., Ausgaben 1 Mk., zusammen 0,50 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 21,88 Mk. Die wöchentliche Miete beträgt 7 Mk.

Minden. 6. Ein Arbeiter hat eine sechsköpfige Familie und erhielt an Lohn 19,19 Mk. Nebeneinnahmen sind vorhanden. Die Ausgaben betragen: für Brot, Gebäck und Mehl 4,90 Mk., Kartoffeln 2,35 Mk., Fleisch und Würstchen 8,18 Mk., Mäse 0,90 Mk., Butter, Margarine, Schmalz, Öl 4,50 Mk., Milch 0,24 Mk., Zucker, Kaffee, Tee und dergleichen 1,35 Mk., sonstige Lebensmittel 4,10 Mk., Ausgaben für Lebensmittel 26,52 Mk. Hierzu kommen: für Heizung und Licht 3,30 Mk., Kleidung und Schuhe 5 Mk., Anschaffungen für den Haushalt 1,75 Mk., Genussmittel 1,40 Mk., sonstige Ausgaben 1,90 Mk., zusammen 13,65 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 40,17 Mk. Die wöchentliche Miete beträgt 3,20 Mk.

Minden. 7. Ein Arbeiter hat eine siebenköpfige Familie und erhielt für 8 Arbeitstage einen Lohn von 36 Mk. Nebeneinnahmen sind etwas vorhanden. Die Ausgaben betragen: für Brot, Gebäck und Mehl 5,89 Mk., Kartoffeln 2,80 Mk., Fleisch und Würstchen 11,70 Mk., Mäse 1,34 Mk., Butter, Margarine, Schmalz, Öl 6,10 Mk., Milch 1,82 Mk., Zucker, Kaffee, Tee und dergleichen 1,45 Mk., sonstige Lebensmittel 2,57 Mk., Ausgaben für Lebensmittel 33,67 Mk. Hierzu kommen: für Heizung und Licht 3 Mk., Kleidung und Schuhe 12 Mk., Genussmittel 0,68 Mk., sonstige Ausgaben 1,10 Mk. Die Gesamtausgabe beträgt 50,45 Mk. Die wöchentliche Miete beträgt 4 Mk.

Lassen wir es bei den sieben angeführten Fällen bewenden, da sonst im Rahmen eines Artikels nicht alles besprochen werden kann. Es sind hier Groß- und Kleinstädte vertreten. Mit aller Klarheit geht aber daraus hervor, daß die Ausgaben für den Lebensunterhalt das wöchentliche Lohnneinommen des Mannes weit übersteigen. Um alle diese Ausgaben zu ermöglichen, ist daher die Mitarbeit der Frauen und Kinder unerlässlich. In mehreren Fällen sind allerdings Kinder über 11 Jahre vorhanden. Es handelt sich aber durchschnittlich um Lehrlinge oder Mädchen, deren Einkommen recht gering ist, die daher nicht nur beschäftigt, sondern auch in der Kleidung unterhalten werden müssen.

Aus den angeführten Fällen geht zweifelsfrei hervor, daß die Lebenshaltung der städtischen Arbeiter eine außerordentlich schlechte ist. So wie es in den hier angeführten Städten ist, dürfte es im allgemeinen überall sein. Der Lohn des Mannes reicht nicht einmal zu einer befriedigenden Ernährung seiner kleinsten Familie

aus. Wieviel Tausende von städtischen Arbeitern haben aber keiner der Maßnahmen! Wieviel Elend muß in diesen Familien bestehen! Das ist aber nicht erst durch den Krieg gekommen, sondern des bestand schon vorher, wenn auch vielleicht weniger groß. Der Lohn der städtischen Arbeiter steht in keinem Verhältnis zu der gewaltigen Teuerung. Manche Stadtwaltungen haben in der Gewährung von Teuerungszulagen an städtische Arbeiter vollaufstandig versagt!

Die Stadtwaltungen als Arbeitgeber verlangen von jedem einzelnen Arbeiter strengste Pflichtserfüllung. Das muß aber auch dem von den Stadtwaltungen gegenüber der städtischen Arbeitern verlangt werden. Hierzu gehört in erster Linie eine bessere Lohnpolitik.

Eigenbetrieb der Gemeinden und die Arbeiterfrage.

Die „Chemnitzer Volkstimme“ schreibt:

Der frühere Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Pentler, schrieb im „Staatsbedarf“ einen Artikel über die „Eigenwirtschaft der Gemeinden“. Dr. Pentler erkennt ganz richtig, daß die Frage, ob Eigenwirtschaft oder Unternehmervetrieb nach dem Kriege für die Gemeinden von ganz besonderer Wichtigkeit sein wird. Viele bauliche Unternehmungen müssen die Gemeinden jetzt wegen Mangels an Arbeitskräften hinauschieben. Bei den wichtigsten wird es freilich nur auf kurze Zeit möglich sein, z. B. bei Beleuchtungs-, Wasser- und dringenden Straßenbauarbeiten. Dr. Pentler ist ein Vertreter des gemeindlichen Eigenbetriebes. Er unterläßt es aber keineswegs, besonders darauf hinzuweisen, daß es dabei Fragen gibt, die in jeder Gemeinde von Fall zu Fall auf ihre Zweckmäßigkeit hin geprüft werden müssen, ehe man sich entscheiden kann. Die Bedingungen und Verhältnisse sind in den einzelnen Orten oftmals zu verschieden, als daß man einfach schematische Grundzüge aufstellen könnte. Geschicht weiß der langjährige Leiter einer der bedeutendsten Großstädte Deutschlands die allgemein bekannten, vom engherzigen Interessenstandpunkt distanzierten Einwendungen gegen den gemeindlichen Eigenbetrieb zurück. Er führt aus, daß der Eigenbetrieb der Gemeinden vor allem überall da „mit Recht“ eingeführt werde, wo es sich um einen mittelbaren oder unmittelbaren Zwang aller Einwohner zur Benutzung dieser Betriebe, also gewissermaßen um ein natürliches Monopol der Gemeinde handelt“. Ein häufig wiederkehrender Einwand gegen die Eigenwirtschaft der Gemeinden ist die angebliche Schwierigkeit der Arbeiterfrage. Es ist daher sehr interessant, wie der frühere Dresdener Oberbürgermeister über diese wichtige kommunalpolitische Frage denkt. Er schreibt: „Gegen den Eigenbetrieb überhaupt werden von einzelnen Gemeindevewaltungen zuweilen noch die Schwierigkeiten ins Feld geführt, die aus der damit verbundenen Notwendigkeit der regelmäßigen Beschäftigung zahlreicher Arbeiter im Gemeinbedienst hervorgehen. Dieser Einwand kann nicht als berechtigt anerkannt werden. Gewiß sind die Arbeiterorganisationen bestrebt, auch auf die Gemeindegewerkschaften Einfluss zu gewinnen und sie zur Geltendmachung hoher Lohnforderungen anzuregen; gewiß werden dadurch auch schwierige Verhandlungen in den Gemeindegewerkschaften, in denen ja zu allermeist auch Vertreter der Arbeiterklasse Sitz und Stimme haben, veranlaßt. Diese Schwierigkeiten sind aber bisher in den deutschen Gemeinden leicht überwunden worden; keinesfalls können sie daher den Anlaß bieten, gemeindliche Einrichtungen als unzuverlässig anzusehen, die sich aus wichtigen gemeindepolitischen und sozialen Rücksichten empfehlen. Daß in solchen Gemeindebetrieben im Laufe der Jahre Verpflichtungen zur Durchhaltung alter minder leistungsfähiger Arbeiter erwachsen, ist zuzugeben; eine sozial denkende Gemeindevewaltung darf aber doch wohl daraus keinen Grund herleiten, ihren Betrieb an Privatunternehmer zu überlassen, schon weil sie billigerweise auch von diesen fordern müßte, daß sie bewährte ältere Arbeiter nicht allein ihrer geminderten Leistungsfähigkeit wegen entlassen. Möglicherweise entstehende Lohnkämpfe aber wird eine Gemeindevewaltung viel eher beizulegen imstande sein als ein Privatunternehmer, der meist durch Abmachungen mit anderen Unternehmern nicht völlig frei über die zu gewährenden Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen Entscheidung treffen kann und darum unter Umständen Störungen im Betriebe eintreten lassen muß, die die Gemeindevewaltung viel leichter vermeiden kann. Den Gemeinden aber fällt in den Eigenbetrieben auch noch die dankbare Aufgabe zu, Mutterbetriebe einzurichten und anregend für die Privatindustrie zu wirken. Dabei wird die Gemeindevewaltung natürlich in denjenigen Grenzen zu Werke haben, die ihr die Rücksichten auf die Gesamtheit der Steuerzahler auferlegen.“ — Den kapitalistischen Privatunternehmern und deren Sachwaltern in den Gemeindeparlamenten werden diese Aus-

führungen natürlich wenig gefallen. Von so berufener Jeder eines so bedeutenden kommunalpolitischen Stammens, werden sie jedoch schwerlich noch etwas wirklich Entscheidendes dagegen einwenden können. Wo Sozialdemokraten in den Stadtvertretungen sitzen, ist ja bisher immer schon in diesem Sinne gewirkt worden. Ausschlag bereitzustellen an vielen Orten die bürgerliche Mehrheit ein solches praktisches im sozialen Interesse liegendes Vorgehen. Je mehr Interesse die Arbeiterklasse an der Gemeindepolitik befaßt und je mehr es ihr gelingt, Sitz und Stimme in den Gemeindevertretungen zu erhalten, um so befriedigender wird nach dem Kriege auch die Arbeiterfrage in den Gemeindebetrieben gelöst werden können. Das Schicksal von Millionen von Arbeitern ist eng damit verknüpft und jeder Bewohner in der Gemeinde ist als Steuerzahler oder Arbeitnehmer an der Frage interessiert: Eigenwirtschaft oder Unternehmervetrieb?

◆ Rus Politik und Volkswirtschaft ◆

Vom Reichstag.

In der Sitzung vom 21. Dezember 1915 wurden bekanntlich weitere 10 Milliardenkredite bewilligt. Wir geben zur Orientierung nachstehend den Wortlaut der Erklärungen von der sozialdemokratischen Fraktionmehrheit und der minderheit wieder. Unsere Stellungnahme dazu ist bereits in Nr. 1 erfolgt. Zur die Fraktionmehrheit des Reichstages folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Fraktion hat seit Anbeginn des Weltkrieges ihren Willen und ihre Kraft dafür eingesetzt, daß Deutschland in dem schwersten Krisenkampf gegen die ungeliebte Koalition seiner Gegner bestehen kann und gesichert werde. Zugleich aber hat unsere Partei maßgebend danach getrebt, die inneren Schwierigkeiten des Krieges zu beseitigen und den Völkern Europas den heißersehnten Frieden wiederzugeben. Wir haben wiederholt unsere Hand ausgereckt, daß die Vertreter der Arbeiterklasse in anderen Ländern sie ergreifen sollten, damit wir gemeinsam die Möglichkeit der Friedensabnahme und der Grundlage eines dauernden Friedens besprechen könnten. In unserem neuen Bedauern sind diese Bemühungen bisher noch nicht zu dem gewünschten Erfolge geblieben. Wohl hat sich an manchen Stellen ein Schimmer von Hoffnung gezeigt. In England und Frankreich machen sich mit zunehmender Stärke Stimmen geltend, die die Fortsetzung des Krieges ins Unabsehbare befragen und bekämpfen und einen ehrenvollen Frieden fordern. In neutralen Staaten sind neue Anregungen gegeben, eine Vermittlung zwischen den Kriegführenden einzuleiten. Wir weisen auch hin auf die Worte, die das Oberhaupt der katholischen Kirche jüngst gesprochen hat. Ungeachtet aller Verschiedenheiten der Weltanschauung sind wir erfreut, daß auch von dieser Seite eine so ernste Ermahnung an die Völker und ihre Regierungen ergangen ist. Tiefem Bedauern stehen leider noch immer sehr ungünstige Tatsachen und Hindernisse im Wege. In England, Frankreich, Italien und Spanien wollen sich die Regierungen und die maßgebenden Parteien noch keineswegs in den Gedanken finden, daß ihr Bündnis, dieser Zusammenschluß der mächtigsten und volkreichsten Völker, nicht imstande gewesen ist, Deutschland und seine Verbündeten niederzujagen. Sie halten noch an der Hoffnung fest, durch Aufstellung neuer Heere oder durch wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands dem Kriege eine neue Wendung zu geben und schließlich als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Die leitenden Männer der gegen uns Krieg führenden Staaten haben noch bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie jeden Gedanken an Frieden ablehnen, solange nicht die deutsche Wehrmacht geschmettert und die gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsziele erreicht sind. Gegenüber diesen Tatsachen ist es unerlässliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest und geschlossen zu erhalten und die zu dieser Abwehr erforderlichen Mittel bereitstellen. Sie dienen dem Schutze von Haus und Herd, sie befähigen unsere Brüder und Söhne, die Wacht an der Front auch weiterhin zu halten.“

Aus diesen Mitteln müssen aber auch in höherem Maße als bisher den Familien der Kriegsteilnehmer und allen sonstigen Notleidenden Hilfe und Unterstützung geleistet werden. Die Lebensmittelversorgung der Hungerleidenden muß durch Festsetzung von Höchstpreisen, Preisbegrenzung aller notwendigen Lebensmittel und planmäßige Verteilung mehr als bisher sichergestellt werden. Nur so wird dem Unwillen des Volkes über unzureichende behördliche Maßnahmen und wucherische Ausbeutung gesteuert und sein Widerstand gehäuft werden.

Wir erheben aber auch in dieser Stunde wieder unseren Einspruch gegen alle Eroberungspläne, die darauf ausgehen, andere Völker zu verzwängen. Dadurch würde die nationale Kraft und Einheit des Deutschen Reiches geschwächt, seine Beziehungen nach außen dauernd geschädigt und der Heim in neuen Kriegen gelegt werden.

Das deutsche Volk und seine Verbündeten haben unvergleichlich Großes vollbracht. Es ist gelungen, nicht nur unser Land und die Staaten der Verbündeten, denen bereits der Untergang angedroht war, gegen die von allen Seiten anrückende Heermacht zu sichern, sondern auch die von Osten drohende ungeheure Gefahr für die gesamte westeuropäische Kultur weit zurückzuwerfen. Kein Gegner und keine Koalition von Gegnern kann sich danach in Zukunft vermaßen, das deutsche Volk niederzujagen und

seine Entwicklung zu hemmen. Der Reichskanzler hat in der Sitzung vom 9. Dezember ausgesprochen, daß er jederzeit bereit ist, in die Diskussion über Friedensangebote einzutreten, die der Würde und der Sicherheit Deutschlands entsprechen. Er hat die Verantwortung abgelehnt für die Verneinung des entscheidenden Gläubens, das Europa und die Welt erfüllt. Wir wünschen aufs dringendste, daß die deutsche Regierung jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen bereitwillig wahrnimmt. Deutschland ist durch seine Stärke über jede Mißdeutung seiner Friedensbereitschaft erhaben. Zudem wir so, meine Herren, den unveräußerlichen Geboten der Menschlichkeit dienen, dienen wir zugleich den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes.

Die Minderheit (20) ließ durch Geher erklären:

Die Militärdiktatur, die rücksichtslos alle Friedensbestrebungen unterdrückt und die freie Meinungsäußerung zu ersticken sucht, macht es uns unmöglich, außerhalb dieses Hauses unsere Zielsetzung zu der Kreditvorlage zu begründen. Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Amerikapolitiker unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Tiefe gesellschaftliche Politik hat der Reichskanzler am 9. Dezember, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet, und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Weisensverwörungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenenthalben Eroberungspläne jeder Art entzagt wird. Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht der Einbruch feindlicher Heere droht uns, wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa bei Fortsetzung des Krieges der Gefahr der Verarmung und der Verwüstung seiner Natur entgegen. Der deutschen Regierung käme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in günstigerer Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefördert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch scharf abgelehnt. Der entscheidende Krieg geht weiter, jeder Tag schafft neue unglückliche Leiden. Eine Politik, die nicht alles tut, um diesem namenlosen Elend Einhalt zu gebieten, eine Politik, die in ihrer gesamten Vorgehensweise in schreiendem Gegensatz zu den Interessen der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung steht, durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. Es gilt, dem in allen Ländern hervortretenden und wachsenden Friedensbedürfnis einen kräftigen Antrieb zu geben. Unseren Friedenswillen und unsere Gegner scharf gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kredite ab.

Die Vorlage wurde sodann ohne Diskussion mit allen gegen 19 Stimmen der Separatisten angenommen. Die Fraktion selbst hat sich sofort mit dem Vorgehen der Minderheit beschäftigt und mit 63 gegen 15 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion erklart in der Sonderaktion einen Disziplinbruch bedauerlicher Art. Die Sonderaktion gerät die Einheit der parlamentarischen Aktionen in der schwierigsten politischen Lage und ist darum auf das schärfste zu verurteilen. Die Fraktion lehnt die Verantwortung für jede Sonderaktion und für alle sich daraus ergebenden politischen Wirkungen ab.“

Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei, der am Freitag und Sonnabend in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand in Berlin getagt, hat dem „Vorwärts“ zufolge am Schluß seiner Verhandlungen mit 28 gegen 11 Stimmen folgende Entscheidung angenommen: „Der Parteiaussschuß, nach dem Statut der Partei berufen, über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen ein Gutachten abzugeben, erklärt zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite: Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keinerlei Geneigtheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen. Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der zwanzig Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschuß die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist aufs schärfste zu verurteilen. Diese Sonderaktion ist zugleich ein scharfer Bruch mit den beiden Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtkonferenz unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Interessen der Arbeiterklasse in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialkongresses ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis. Insbesondere verdient das Verhalten der Genossen Daase die schärfste Mißbilligung. Zudem Daase sich an dem Disziplinbruch be-

teiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde“ gegen die Pflicht verstößen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteio rganisation auferlegt. Weiter stellt der Parteiaussschuß fest, daß der „Vorwärts“ seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts“ die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit vertritt der „Vorwärts“ jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten.“

Kriegsbriefe

Schippers Kriegswedhnachten. Kollege Renner-Wein schreibt uns vom 29. Dezember 1915 aus Frankreich u. a.: Als wir uns am Tage des Heiligabend früh in der Dunkelheit ansiedelten zur Arbeit zu marschieren, weinte der Himmel, wie seit Wochen, die bestigsten Tränen. Die einzelnen Soldaten warteten bis an die Knöchel in braunem Leinwand und aufgewickelten Kalksteinstrahl ihren Arbeitsstellen zu. Auf halbem Wege wurde Halt gemacht, um, wie üblich, noch einige Befehle des Oberleutnants entgegenzunehmen. War es schon verwunderlich, daß der sonst so pünktliche Liniere uns noch nicht erwartete, so wuchs das Erstaunen noch mehr, daß er nach fast halbhündigem Stehen auch nicht erschien. Des Rätsels Lösung war aber bald gefunden. Eine Ordnung überbrachte den über Nacht ergangenen, von uns mit Jubel aufgenommenen Befehl des Divisionskommandeurs, daß am 24. Dezember alle Armierungsarbeiten zu ruhen haben. Ich habe unsere Unteroffiziere nach nie das „Vinsum!“, „Ohne Tritt marsch!“ so freudig kommandieren gehört als an diesem Morgen. Was störte uns noch der irrende Regen? Mit frohlichem Gesang stapften wir die schneebedeckte Landstraße zu unserem Paradequartier zurück, als wäre es die herrlichste Sommerfesttagspartie durch den Grunewald. Nachmittags 1/4 Uhr begann die von der Kompanie veranstaltete Weidnachtsfeier. Im Halbkreis nahmen wir vor den Parade Aufstellung. Ein in aller Eile zusammengestoppelter Sängerkorps informierte einige Weidnachtslieder. „Hörst du schon zu dem „Du fröhliche, o du selige usw.“ das Regenwetter schlecht, so war der Kontrast dem doch zu stark, als in das „Das ist der Tag des Herrn“ die Gesänge von beiden Seiten der Front allzu kräftig brüllten. Zwischen durch hielt der stellvertretende Kompanieführer eine kurze Ansprache. Auf die Feinde ringsum wies er hin, die uns Deutschen bereits das zweite Kriegswedhnachten besaherten. Durchhalten sei für jeden Deutschen auch jetzt noch oberster Grundsatz. Als der Sprecher auf die Lieben daheim, auf Frauen und Kinder hinwies, die auch dieses Jahr beim Fest der Liebe wieder den Gatten und Vater vermissen, drängten sich doch in die Augen manchen Landstürmers verstoßene Tränen. Den Schluß der Feier bildete die Verteilung der dem Bataillon aus der Heimat gesandten Liebesgaben. Es war mehr, als mancher wohl erwartet hatte, und die Gaben waren fast durchweg praktischer Art. Kreuze glänzte daher allgemein auf den Gesichtern. Am Abend machte dann jeder Weidnachtsfeier nach seiner Art. Meine Tannenbäumchen, aus dem Walde mitgebracht, oder künstlich hergestellte, von der lieben Gattin aus der Heimat gesandt, erstrahlten im Lichterglanz. Bilder von Frau und Kindern wurden darumgelegt und jeder gab sich dann seinen Gedanken hin. Selbstgebräuter Grog von Rum oder Branntwein sollten die Stimmung erheben. Ein und wieder erklang wohl auch Gesang; zu einer aufrichtigen Fröhlichkeit kam es aber nicht. Die Gedanken beschäftigten sich allzu sehr mit der Heimat. Traußen aber hämmerte um Mitternacht französische Artillerie durch einen Höllenlärm, wie wir ihn seit Wochen nicht mehr vernommen, jedem ins Gehirn, daß noch kein Friede auf Erden und den Menschen kein Wohlgefallen beschieden ist. Bald antworteten deutsche Batterien. Deutscherseits erwartete man einen Angriff. Infanterie und Pioniere standen sturmbereit. Die Franzosen beschränkten sich aber auf das Artilleriefeuer. 500 Granaten landeten sie innerhalb einer Stunde nach einem Infanterielager hinter der Front. Es ist ein buchstäbliches Wunder, daß nicht nur kein Mensch getötet oder verletzt wurde, sondern auch kein Materialschaden entstand.

Aus den Stadtparlamenten

Kriegs-Teuerungszulage.

Kreuzburg i. Brsg. Auf Antrag des Arbeiterausschusses wurde die bisher gezahlte Teuerungszulage einer Revision unterzogen und eine Erhöhung der einzelnen Sätze vorgenommen. Ab 1. Januar erhalten alle Beamte und Arbeiter unter 2100 Mk. Jahresverdienst und einer Familie von mindestens zwei Personen 5 Mk. für das erste und gleichfalls 5 Mk. und für jedes weitere Kind 3 Mk. pro Monat. Ausbleibende eingestellte Arbeiter sind nicht an den Tariflohn gebunden und bekommen nichts, sie können aber bessere Bezahlung verlangen.

◆ Salinenarbeiter ◆

Hofenheim. In Nr. 1 der „Gewerkschaft“ haben wir bereits das „arbeiterfreundliche“ Verhalten des Amtsvorstandes etwas beleuchtet. Das Einwirken durch unsere Verbandsorganisation sowie die Beschwerde unseres Arbeitervertreters Landtagsabg. Vogel-Schwerdt hat auch gewirkt. Am 28. Dezember wurde den Arbeitern die zu Unrecht abgezogene Kriegsteuerbeihilfe nachbezahlt, da das Finanzministerium das begangene Unrecht wieder gutgemacht hatte. Bei einigermaßen sozialem Verständnis würden derartige ungerechte Maßnahmen unterbleiben. Wir wünschen und hoffen, daß so offenes Unrecht nicht mehr verübt wird. Das so erwünschte gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebervertretern eines Staatswerkes wird dann sicher besser gewahrt. Man gebe den Arbeitern, was ihnen gebührt, und handle so, wie es recht und billig ist. Die Salinenarbeiter dürften aber wiederholt aus dem neuerlichen Erfolge die notwendige Lehre ziehen und sich der Organisation anschließen, die auch wirklich für die Interessen der Arbeiter und deren Familien eintritt. Kollegen der Salinenbetriebe, auch in den Staatsbetrieben geschieht so manches Unrecht, und der wirtschaftliche Kampf ist kein anderer, wie in anderen Betrieben. Salinenarbeiter, wolle ihr, daß Recht vor Unrecht geschätzt wird, dann trete ein in die Organisation des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Offenbach a. M. In die Tage des blutigen Völkerringens fällt unser zehnter Gründungstag. Gedacht sei an dieser Stelle all denen, die mit unermüdetem Fleiß an dem Gedeihen und der Fortentwicklung der jungen Filiale gearbeitet haben. Mit Stolz können heute all jene braven Kollegen und Genossen, jeder in seiner Art und sei es auch nur durch Kleinarbeit, die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter unterstützen, auf das neu entstandene Werk blicken. In bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter ist ein großes Stück Arbeit geleistet worden. Freilich haben uns auch die Parteigenossen in der Stadtverordnetenversammlung unterstützt und selbstverständlich haben wir an unserer Parteipresse eine Hilfe gehabt. Waren doch in Offenbach die denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es wurde hier noch ein Teil des Lohnes der städtischen Arbeiter als Armenunterstützung angerechnet, und wenn heute die städtischen Arbeiter Offenbachs in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen mit an der Spitze von sämtlichen deutschen Städten marschieren, so können wir sagen, daß wir ein großes Stück vorwärts gekommen sind. In jeder Ausdauer konnte Erfolg um Erfolg errungen werden. Die hauptächlichsten davon sind: 1906 Errichtung eines Arbeiterausbildungsinstitutes. 1907 Einführung einer Arbeitsordnung nebst Lohnstaffel, Einführung des neunmündigen Arbeitstages. 1908 Lohnausgleich in der Höhe eines doppelten Wochenlohnes. 1912 Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung für sämtliche städtischen Arbeiter. — Einführung des Dreischichtwechsels für die Schichtarbeiter. — Einführung des Wochenlohnes und Erhöhung desselben um mindestens 1 Mk. wöchentlich. — Erweiterung des Urlaubs nach fünf Jahren auf neun Tage und nach zehn Jahren auf zwölf Tage. — Zahlung der Hälfte des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld für die Dauer von sechs Monaten. — Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 53 Stunden in der Woche. 1914 die Erhöhung der Unterlohnklasse im Anfangslohn um 3 Mk. die Woche. — Einführung einer Steuerzuschlags von 1 Mk. wöchentlich. 1914 die Kriegsverforgung der Frau und Kinder der städtischen Arbeiter: Frau mit einem Kind 75 Proz. infl. Reichsunterstützung, Frau mit drei Kindern 85 Proz. infl. Reichsunterstützung, Frau mit fünf Kindern und darüber 95 Proz. infl. Reichsunterstützung. — Zu Weihnachten erhielten die Angehörigen doppelte Wochenunterstützung. 1915 desgleichen wie im Vorjahre. Dazwischen wurden noch für eine Reihe von Kollegen Verbesserungen erzielt in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Besondere Schwierigkeiten hatten wir zu überwinden durch die schändliche Auslegung der Arbeitsordnung. Leider können es einzelne Beamten nicht unterlassen, auch die klarsten Bestimmungen der Arbeitsordnung gegen die Arbeiter auszuliegen, daher beschloß die Ortsverwaltung einen Tarifvertrag mit der Stadtgemeinde abzuschließen. Der Tarifvertrag war auch schon fertiggestellt und mußte leider durch den Ausbruch des Krieges zurückgeschickt werden. Nach Beendigung des Krieges muß die erste Aufgabe der Filiale sein, den Tarifvertrag mit der Stadt abzuschließen. Es bedarf aber hierzu der Arbeit aller bei der Stadt beschäftigten Arbeiter, und es ist eine der Hauptaufgaben der dahinscheidenden städtischen Arbeiter, für eine starke, geschlossene Organisation zu sorgen, dahin zu wirken, daß bis zur Rückkehr der in den Krieg gezogenen Kollegen die alte Stärke von 425 Mitgliedern wieder erreicht wird. In unserer Organisation liegt unsere Macht.

◆ Aus den deutschen Gewerkschaften ◆

In seinem Jahresrückblick schreibt das „Corr. Blatt“ der Generalkommission u. a.: Die deutschen Gewerkschaften haben sich seit dem Kriegsbeginn als Volksorganisationen größter Bedeutung und im besonderen sich als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse in den Dienst der inneren Kriegsfürsorge gestellt und nach besten Kräften, ohne ihre eigenen Mittel zu schonen, an der Lösung der sozialen Aufgaben mitgearbeitet. Sie taten es nicht aus Furcht oder Verrechnung, sondern aus eigenem Antriebe. Sie konnten nur dringend wünschen, daß Deutschland aus dem ihm aufgezungenen Kriege siegreich und ohne Einbuße an Land und Volk hervorgehe, und nicht fremde Mächte den Frieden diktiert. Sie schächerten auch nicht mit Patriotismus, sondern erfüllten einfach ihre Pflicht. Diese Haltung haben sie sich auch im weiteren Verlauf des Krieges bewahrt, und sie wurden darin bestärkt durch die erfreulichen Erfolge, die das einzige Deutschland auf den Schlachtfeldern im Osten, Westen und Süden errang und die die Unverletzlichkeit der deutschen Grenzen verbürgten. Der innere Bürgerfrieden ist daher auch heute noch für sie eine Selbstverständlichkeit, über die nicht zu streiten ist. Ob die maßgebenden Kreise des Unternehmertums sich zur gleichen Höhe des Verständnisses nationaler Notwendigkeiten aufgeschwungen haben oder ob sie es daran fehlen lassen, ist ihnen um so gleichgültiger, als ihre Haltung ja nicht von Mischfakten auf das Unternehmertum geleitet ist. Wo die Arbeitgeber sich rücksichtslos von gemühtigen Interessen leiten ließen, haben es auch die Gewerkschaften nicht an Entgegenkommen fehlen lassen. Vor allem ist das Verhältnis der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen untereinander während des Krieges ein besseres geworden, und es ist zu hoffen, daß ein gemeinsames Arbeiten und Kämpfen im Interesse der gesamten Arbeiterklasse auch nach dem Kriege möglich sein wird. — Auch die sozialdemokratische Partei nahm am Kriegsbeginn die gleiche, selbstverständliche Haltung ein, deren Ausdruck die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August und 2. Dezember 1914 war. Diese Haltung ist indes leider durch eine Minderheit der Reichstagsfraktion in wachsendem Maße erfüllt worden. Am 2. Dezember 1914 stimmte nur Liebknecht gegen die Kredite, und der Abgeordnete Rühle erklärte sich mit ihm eines Sinnes. Seitdem ist aus dieser paar Eigenbrödlern eine von Abstimmung zu Abstimmung wachsende Minorität geworden, die sich bald nicht mehr mit dem Austrag des Streitverhältnisses in der Fraktion begnügt, sondern den Zwiespalt auch im Reichstag selbst bekundete: anfangs durch Stimmenthaltung und Sinausgehen, in der Sitzung vom 21. Dezember 1915 aber durch ein Gegenvotum von 20 Abgeordneten. Die 20 Sezessionisten, denen Kautsky im wissenschaftlichen Organ der Partei und Dr. Ernst Meyer in der „Leipziger Volkszeitung“ den Weg zu ihrer Separation gewiesen haben, haben damit eine gefährliche Wahn beschränkt, hinter der die Einheit der Partei und der Arbeiterbewegung liegt, deren Ende indes noch nicht abzusehen ist. Sie haben eine Präzedenz für jede Fraktionsminderheit, selbständig aufzutreten, geschaffen, das mit der Weiterführung einheitlicher Aktionen unverträglich ist. Welcher Art die Folgen dieser Absonderung auch sein mögen, sie fallen auf ihre Urheber zurück, und man wird die letzteren, dafür gebührend zur Rechenschaft ziehen. Noch halten wir die Arbeiterbewegung für gesund genug, um den wahnwichtigen Angriff auf ihre stolze Einheit zurückzuweisen. Sollte sie sich ohnmächtig erweisen, dann wären die jahrzehntelangen Kämpfe um die Größe der deutschen Sozialdemokratie umsonst gewesen! Die Gewerkschaften werden, unbeitrirt von der Haltung der Liebknechtgruppe, für die wirklichen Interessen der deutschen Arbeiter eintreten, wie dies während des bisherigen Kriegsverlaufs geschah. Sie werden, eingebend ihrer Vergangenheit, auch nicht ein Jota von den Grundfragen der Arbeiterbewegung aufgeben, sondern im Geiste ihrer Gesinnung und Kämpfe weiter wirken an der Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele. Der kennt unsere Gewerkschaften nicht, der von ihnen glauben kann, sie würden nationalsozial oder harmonieduselig werden. Zu beiden haben sie keinerlei Beruf. Der aber täuscht sich erst recht in ihnen, der sie in den großen Lebensfragen der Arbeiterklasse beiseite zu schieben sucht. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen die Partei über diese Dinge allein entscheiden konnte. Die Einheit der Partei geht auch die Gewerkschaften an, und diese dürften nicht geneigt sein, auf erworbene Rechte leichterhand zu verzichten.

Rundschau

„Charakter der Klasse“, so könnte man den großen Einfluß bezeichnen, den die Gewerkschaftsorganisationen in erster Linie ausüben. Es geht ein großer, einheitlicher Zug, ein Mares, nach allen Richtungen hin kritisch beleuchtetes und erkanntes Streben durch ungezählte Tausende von Menschen gleicher Lebensbedingungen. Vorher fast willenslose, dahindämmende Geschöpfe der Willkür einiger weniger Machtgewaltiger auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, verurteilt zu harter freudloser Arbeit und abgesondert von den mannigfachen Genüssen der fortgeschrittenen Kultur, — jetzt Menschen von bewußtem Willen und Handeln, die sich mit immer größerem Erfolg dagegen sträuben, gleich irgendwelchen Naturkräften ausgenutzt zu werden; jetzt Männer und Frauen, die sich selbst das Recht erkennen, mit welchem sie gemessen zu werden wünschen. Darum: Alle diejenigen, die von der Macht und Töseinsberechtigung der freien wirtschaftlichen Organisationen durchdrungen und darin tätig sind, die also in wahren Sinne des Wortes Gewerkschaftler sich nennen, sind gewissermaßen bereits Charaktere, denn ihr Wollen und Wirken geht von ethischen Grundsätzen aus, ist von sittlich sozialer Erkenntnis erfüllt. Diese Menschen träumen nun mit Recht einen neuen Traum vom Glück und lachen über jene Behauptung, daß der einzelne durch die Verschmelzung zur Organisation sich seiner Persönlichkeitsrechte begeben, und daß es eine Grausamkeit sei, das Wunder Mensch in eine solche Schablone hineinzupressen, in welcher er sich nicht mehr ausleben vermöge.

Fürsorge für Kriegsteilnehmer. Unter diesem Titel erschien in dem Verlag der Verwaltung der Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Göttingen, Jüdenstr. 20, die erste Nummer eines Zentralorgans für das gesamte Kriegsteilnehmer- und Wohlfahrtswesen. Die neue Zeitschrift behandelt in umfassender Weise das gesamte Gebiet: staatliche, Reichs-, behördliche und kommunale, kirchliche und private Fürsorgemaßnahmen, Fürsorge der Arbeitgeber, Angehörigen- und Beamtenverbände, der Frauen- und Wohlfahrtsorganisationen, nationalen Verbände und sonstigen Vereine, sowie Sammlungen und Spenden. Die Herausgeber wollen gleichzeitig die von vielen Seiten dringend gewünschte, inzwischen auch regierungsseitig eingeleitete Regelung des privaten Wohlfahrtswesens tatkräftig unterstützen. Es ergeht daher auch in vorliegendem ersten Heft des neuen, auf dem umfangreichen Gebiet des Kriegswohlfahrtswesens einzigen Zentralorgans ein Aufruf an alle privaten Wohlfahrtsorganisationen, zusammenzutreten zum Zwecke einer Aussprache über die zu unternehmenden Schritte, die die bestehenden und noch erscheinenden Pläne und Absichten in geordnete Bahnen lenken und ein Hand-in-Handarbeiten der zahlreichen ausführenden Organe herbeiführen sollen.

Verleumdung zur Einstellung weiblicher Arbeitskräfte. Das sächsische Ministerium des Innern hat die Gewerbeaufsichtsbeamten ermächtigt, die Vorschriften, welche die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in Fabrikbetriebe erschweren, in der Kriegszeit zu mildern. Diese Verfügung ist recht bedauerlich, weil durch sie die Arbeiterinnenbeschäftigungen nahezu gänzlich ausgeschaltet werden. Für Sachsen wird dadurch auch der Teil der Verfügung des Reichskanzlers vom 8. August 1911, betreffend Beschäftigung gewerblicher Arbeiter aufgehoben, der ausdrücklich hervorhebt, daß nicht allgemein die Arbeiterbeschäftigungen durch die Notlage vom 4. August ausgeschaltet worden sind, sondern Ausnahmen nur in besonderen Fällen zugelassen werden sollen. . . . beispielsweise wenn es sich aus Mangel an Räumen oder an Maschinen als unmöglich erweisen sollte, dem infolge des Kriegszustandes vermehrten Arbeitsbedürfnis durch Einstellung von neuen Arbeitskräften Rechnung zu tragen, oder wenn es sich um dringende Ausführung von Arbeiten handelt, für die besonders geschulte Arbeitskräfte notwendig, aber zurzeit nicht zu haben sind.“ In der Begründung zu dieser Verfügung heißt es dann u. a.: „Während für manche Industriezweige, namentlich solche, die für den Heeresbedarf und die Nahrungsmittelindustrie arbeiten, mindestens vorübergehend eine außerordentliche Stärkung der Arbeit eintritt, ist für andere Industriezweige nach Möglichkeit Fürsorge zu treffen, daß sie nicht zum Stillstand kommen. Um beiden Erfordernissen Rechnung zu tragen, insbesondere, um der nicht zum Kriegsdienst herangezogenen männlichen und der weiblichen Bevölkerung in weitestgehendem Maße Beschäftigung zu sichern, müssen Ausnahmen von den Beschränkungen, die die Gewerbeordnung für die Beschäftigung von Arbeitern vorsieht, zugelassen werden.“ Nun hat sich aber herausgestellt, daß in Betrieben, die stark beschäftigt sind, Arbeiterinnen in ungewohnt langer Arbeitszeit tätig sein müssen; Tag und Nachtschichten von 11 und 12 Stunden sind meist an der Tagesordnung, während auf der anderen Seite Tausende von Arbeitskräften vergeblich um Beschäftigung bemühen. Nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise ist die Arbeitslosigkeit besonders unter den Arbeiterinnen bereits erschreckend hoch. Andere müssen sich mit verkürzter Ar-

beitszeit und natürlich auch mit verkürztem Verdienst begnügen. Die wirklich vorhandene Arbeitslosigkeit kommt dabei gar nicht mal zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Arbeitslose oder in ihrem Verdienst erheblich beschränkte Personen sind aber bei der herrschenden Teuerung der größten Not preisgegeben, die bedeutend gemildert werden könnte, wenn ein Ausglick der vorhandenen Arbeitsgelegenheit herbeigeführt und nicht ein Teil der Arbeitskräfte in überlanger Arbeitszeit ausgenutzt werden würde. Daß angesichts der vorhandenen Situation noch besondere Erleichterungen zur Ausschaltung der Arbeiterbeschäftigungen durch eine Behörde geschaffen werden, ist deshalb nicht zu erwarten. Der Vorgang zeigt wieder einmal, wie interessiert die gesamte Arbeiterschaft an dem Einfluß der Arbeiterorganisation auf die Regierung ist.

Die Zahl im Kriege. Von einem militärischen Mitarbeiter wird der „Berliner Volkszeitung“ geschrieben: „Bei den großen Verhältnissen, die der jetzige Weltkrieg angenommen hat, wird in den Berichten von Kriegsschauplatz und in den militärischen Betrachtungen der Tagespresse mit Armeen, Armeekorps und Divisionen umhergeworfen, ohne daß sich der Leser im Klaren ist, um welche großen Verhältnisse es sich dabei handelt. Man erkennt dies am besten, wenn man auf einen Truppenverband näher eingeht. Ein einziges Armeekorps hat eine Stärke von 10 000 Mann und 14 000 Pferden mit 2400 Fahrzeugen, einschließlich der Gespanne. Davon entfallen auf die sechste Truppe 36 000 Mann, 5000 Pferde und 1200 Fahrzeuge, auf die Munitionskolonnen und Trains 5000 Mann, 5000 Pferde und 1200 Fahrzeuge. Dunkt man sich das Armeekorps auf einer einzigen Straße im Marsche, so nimmt es eine Reichlänge von rund 50 Kilometern ein. Die Marschbreite der sechsten Truppe eines Armeekorps beläuft sich auf 25 Kilometer. Das ist wichtig für die Aufmarschzeit. Trifft die Spitze auf den Feind und entwidelt sich daraus ein Gefecht, so dauert es fünf bis sechs Stunden, bis der letzte Mann in das Gefecht in der Höhe der Spitze eingreifen kann. Dabei ist noch vorausgesetzt, daß die ganze Bewegung in einem ununterbrochenen Fluße bleibt, so daß keine längeren Aushäufungen entstehen. Diese werden aber unvermeidlich sein, weil der Führer erst das Ergebnis der Aufklärung abwarten muß, ehe er seine Befehle ausgibt. Auch sonst treten während des Gefechts Pausen ein. Die letzte Truppe wird in der Regel auch seitwärts herangezogen, wodurch sich der Aufmarschweg noch mehr verlängert. Der Raum, den ein Armeekorps im Gefecht in der Breite einnimmt, wurde vor dem Kriege auf vier bis fünf Kilometer berechnet. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit ist er beträchtlich größer und wird jetzt auf sechs bis acht Kilometer angenommen. Selbst wenn man die kleinere Zahl festhält, so würden 10 Armeekorps, die nebeneinander kämpfen, doch schon eine Frontbreite von 60 Kilometern einnehmen. Ein Fußgänger braucht 12 bis 14 Stunden, um diese Front abzugeben. Und dabei stellen 10 Armeekorps nur einen kleinen Teil derjenigen Kräfte dar, die in der modernen Schlacht auf demselben Kampffeld einheitlich verwendet werden. Soll das Armeekorps mit der Bahn verladen und abtransportiert werden, so brauchen die Truppen allein 67 Züge, die Kolonnen und Trains 41 Züge, so daß sich ein Gesamtbedarf von etwa 110 Zügen ergibt. Da die durchschnittliche Leistung einer eingleisigen Bahn im Tage 15 Züge beträgt, dauert der Transport des Armeekorps auf ihr sechs bis sieben Tage, bei einer zweigleisigen Bahn verringert sich die Zeit auf drei bis vier Tage. Dazu kommt noch die Zeit, die für die Zurücklegung der Entfernung selbst erforderlich ist. Deshalb ist die Benutzung der Bahn nur bei größeren Entfernungen dem Fußmarsch vorzuziehen. Das Gewicht der täglichen Verpflegung für den Mann beträgt durchschnittlich 1100 Gramm. Bei einer Verpflegungsstärke von rund 40 000 Mann beträgt also die tägliche Verpflegung 44 000 Kilogramm. Die Kriegsration für ein Pferd beträgt sechs Kilogramm Hafer, bei schweren Pferden das Doppelte. Da ein Armeekorps 14 000 Pferde hat, ergibt das einen Bedarf von 84 000 Kilogramm Hafer, ohne Berücksichtigung des Mehrbetrages für die schweren Pferde. Portionen und Rationen ergeben also zusammen 130 000 Kilogramm, mit den schweren Pferden 150 000 Kilogramm. Rechnet man die Beladungsfähigkeit eines Fuhrparkwagens mit 1000 Kilogramm, so müssen, um die tägliche Verpflegung eines Armeekorps zu befördern, 150 solche Wagen verwendet werden. Ein Armeekorps, der aus einem Motorwagen und einem Anhängerwagen besteht, befördert an Nutzlast 6000 Kilogramm. Der Bedarf des Armeekorps kann also mit 25 solchen Armeekorps befördert werden. Schon daraus erkennt man die große Heberlegenheit des mechanischen Zuges über den tierischen. Sollen die Tornister der Mannschaften gefahren werden, was namentlich im Sommer vielfach angeordnet werden wird, so können auf einem Wagen 60 Tornister untergebracht werden. Eine Kompanie braucht also vier Wagen, das Bataillon zwölf. Wollte man die Tornister des ganzen Armeekorps fahren lassen, so würden dazu etwa 600 Wagen erforderlich sein. Will man auch die Munitionskolonnen fahren lassen, so sind für ein Bataillon 100 Wagen notwendig. Der Fahrer und der Generalstabsoffizier müssen alle diese Zahlen im Akte haben und bei ihren Anordnungen berücksichtigen. Aber auch für jeden, der die Berichte über die Kriegsergebnisse aufmerksam verfolgt, sind sie wichtig, um sich ein Bild von dem Gange der kriegerischen Handlung machen zu können.“

Der Depeschensack.

Im Tag veröffentlichte Gottlieb das nachstehende Epitaphgedicht. Die Schlußausdrücke stammen aber nicht vom Dichter, sondern von den „reinen“ englischen Gelehrten usw., deren Urtheile von einem österreichischen U. Post aufgelesen wurden und die z. T. amtlich veröffentlicht sind. Auch eine Art „Kriegsdokument“!

Raum nahe das U. Post von ungefähr,
Flog der Depeschensack ins Meer:
Sedoch er wurde aufgelesen —
Es half den Briten alles nichts.
„Dear friend — wir sind nunmehr halb pleite,
Denn ein Schlamassel jagt das zweite.
Das Volk der Griechen bleibt, Gott weh,
A despicable little race (Verächtliche kleine Rasse).
Der König, der sich schwer entschließt,
Ist leider, wie du siehst,
Ein obstinate beast! (Verstocktes Viech.)
Nächstens kriegt er einen Rippenstoß,
Fliegt über des Thrones Stufen.
Wir würden, sind wir ihn erst los,
Die Republik ausrufen.
Und wenn der ganze Schnee verbrennt,
Wird Venizelos Präsident.
Das Volk der Griechen — ich beschwör's —
Besteht aus elenden Röttern (curs).
Die Kerle verdienen, wie es mir scheint,
Einen Tritt ins Gefäß (a kick behind).
Den kriegen sie denn ohne zu prahlen.
Wir sind die Schützer der Neutralen.“

„Dear friend — das süße Los der Erben
Schlug unsre Hoffnungen in Scherben!
Wir sitzen hiemlich in der Finke
Und sind betreten wie die Stinte.
Die despicable little race
Kriegt aber bald den Tritt ins Gefäß.
Ihre Achtung vor Deutschland ist zu groß,
Sie schlagen nicht gegen den Vierbund los;
Das werden sie uns teuer bezahlen —
Wir sind die Schützer der Neutralen.“

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

„An Treien Stunden“ ein neuer Halbjahresband. Der Schatz guter Erzählungs-Bücher, den unser Berliner Parteiverlag seit Jahren für das arbeitende Volk herrichtet, hat sich um ein neues Stück vermehrt: Weber 600 Seiten stark liegt ein neuer Band der von Freecang redigierten Wochenchrift „An Treien Stunden“ abgeschlossen vor, der 37. Halbjahresband. Der Band enthält den großen geschichtlichen Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525: „Am die Arbeit“ von Robert Schweißel; reich mit Bildern geschmückt von Josef Zamberger. Außerdem fand eine Reihe anderer Erzählungen darin Aufnahme, von denen wir nennen: „Sewahopot“, Novelle von Leo Tolstoi; „Das Wein“ von Heinrich Höffke; „Der verwundete Auenländer“ von Dr. Gottbiff; „Unbankbarkeit“, eine Fabel von Abraham a Sancta Clara; „Der Vater“, Novelle von Guy de Maupassant und vieles andere. Und wer nach unterhaltendem Scherz verlangt, findet ebenfalls reichlich Stoff in diesem Bande. Wir freuen uns dieser Gabe, die den Büchereien in Verein und Haus willkommen sein mag. Sie ist ein Schmuck innen und außen und damit hoffentlich ein guter Werber auch für die Wochenchrift. Der Band kostet auf gutem Papier gedruckt, in Leinen gebunden, 1 Mk., der Halbbroschurband 5 Mk. Die Wochenchrift „An Treien Stunden“ kostet 10 Pf. pro Heft. Alle Volksbuchhandlungen halten den Band vorrätig und nehmen Bestellungen auf die Zeitschrift entgegen.

„Herzen im Kriege“. Ein zweiter Band dieser vom Genossen Franz Tiederich für die Markbücher der Vorwärts-Bibliothek veranstalteten Auslese von Kriegsschilderungen und Kriegsgeschichten ist erschienen. Er betrifft die Zeit der weltpolitischen Kriege, also die Gegenwart, und auch sein Inhalt ist aus dem Besten genommen, das über den Krieg und seine Menschen geschrieben wurde. Der Wert dieser Sammlung besteht darin, daß sie sich aus Stücken aufbaut, denen der Stempel des Erlebnisses aufgedrückt ist. Der Vorwärts-Verlag hat das Ziel erstrebt, ein Mittel zu schaffen, mit dem sich die Schulldatur wirksam bekämpfen läßt. Das Ziel ist in der Tat nur so zu erreichen, daß man Autoren zur Mitwirkung heranzieht, die sich in dem ungeheuerlichen Kriegsstudel als starke Charaktere bewahren. Es wäre zu wünschen, daß die beiden Bände „Herzen im Kriege“ weite Verbreitung finden. Der erste Band ist 160 Seiten stark, der zweite 192 Seiten. Jeder Band ist einzeln käuflich und kostet auf gebunden 1 Mk.

Die Textilindustrie Deutschlands im Welthandel. Bearbeitet nach den statistischen Unterlagen der verschiedenen Staaten für die Industrien der Baumwolle, Wolle, Seide, Jute und des Leinens. Von A. Hertzig. VIII und 102 Seiten Oktav, steif gebunden, 3,50 Mk. Verlag von Friedr. Vieweg u. Sohn in Braunschweig.

Original-Einbanddecken

für
„Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“

Gediegene Ausführung in grünem Matilobepapier

Cadenpreis 1 Mark, für Mitglieder 75 Pfennig

Gleichzeitig erscheint das Inhaltsverzeichnis der „Gewerkschaft“ und der „Sanitätswarte“.

Bestellungen an die Filialkassierer erbeten. Einzelmithglieder und Abonnenten können direkt beim Verbandsvorstand, Berlin W., Winterfeldtstraße 24, bestellen.

Totenliste des Verbandes.

Johann Berndroth, Mainz Invalide † 4. 1. 1916, 74 Jahre alt.	Balthasar Knilling, Nürnberg Gärtner (Stadtgärtnerei) † 29. 12. 1915, 64 Jahre alt.
Frik Biernoth, Kitzingen Gasarbeiter † 1. 1. 1916, 19 Jahre alt.	Heinrich Haefken, Hambg.-W. Wasserluft † 29. 12. 1915, 63 Jahre alt.
Johann Dobler, Nürnberg Streckenarbeiter (Straßenbahn) † 2. 1. 1916, 33 Jahre alt.	Josef Schlegel, Bamberg Arbeiter † 10. 1. 1916, 69 Jahre alt.
Joh. Valent. Junge, Bremen Gasarbeiter † 23. 12. 1915, 48 Jahre alt.	Julius Weber, Frankf. a. M. Katernenanzünder † 3. 1. 1916, 63 Jahre alt.
Wilhelm Koch, Kiel Feizer † 2. 1. 1916, 27 Jahre alt.	Marlin Wendelken, Bremen Streckenarbeiter † 23. 12. 1915, 21 Jahre alt.
Johannes Wendt, Hamburg † 3. 1. 1916, im Alter von 68 Jahren.	



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Georg Angerer, Nürnberg am 14. Oktober im Alter von 32 Jahren gefallen.	Frik Mauraschat, Bremen am 7. November im Alter von 20 Jahren in Rußland gefallen.
August Gorchardt, Berlin Gasarbeiter, am 21. Juli im Alter von 37 Jahren gefallen.	Friedrich Meyer, Nürnberg Zahnw., im Alter von 24 Jahren gefallen.
Ch. Buchheim, Mülh. i. Th. am 26. November im Alter von 24 Jahren an Cholera gestorb.	Robert Peter, Berlin Gasarbeiter, am 24. Novbr. im Alter v. 29 Jahren gefallen.
Viktor Greif, Mainz am 23. November im Alter von 39 Jahren in Rußland gefallen.	Fr. Wilh. Peters, Bremen am 22. November im Alter von 27 Jahren in Frankr. gefallen.
Willi Harder, Hamburg am 6. Oktober im Alter von 28 Jahren im Westen gefallen.	Friedrich Rose, Brake i. O. am 14. August im Alter von 36 Jahren in Rußland gefallen.
Albert Hoyer, Bremen am 8. Dezember im Alter von 25 Jahren in Frankr. gefallen.	Albert Schulz, Berlin am 27. Oktober im Alter von 36 Jahren gefallen.
Wilhelm Lang, Pforzheim Vorarbeiter, am 30. Dezember im Alter v. 35 Jahren gefallen.	Albert Stephan, Breslau am 28. September im Alter von 23 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!